

KLIMASCHUTZ IN GEBÄUDEN AUF KURS BRINGEN

Empfehlungen der Heizungsindustrie
an die neue Bundesregierung

Stand: März 2025

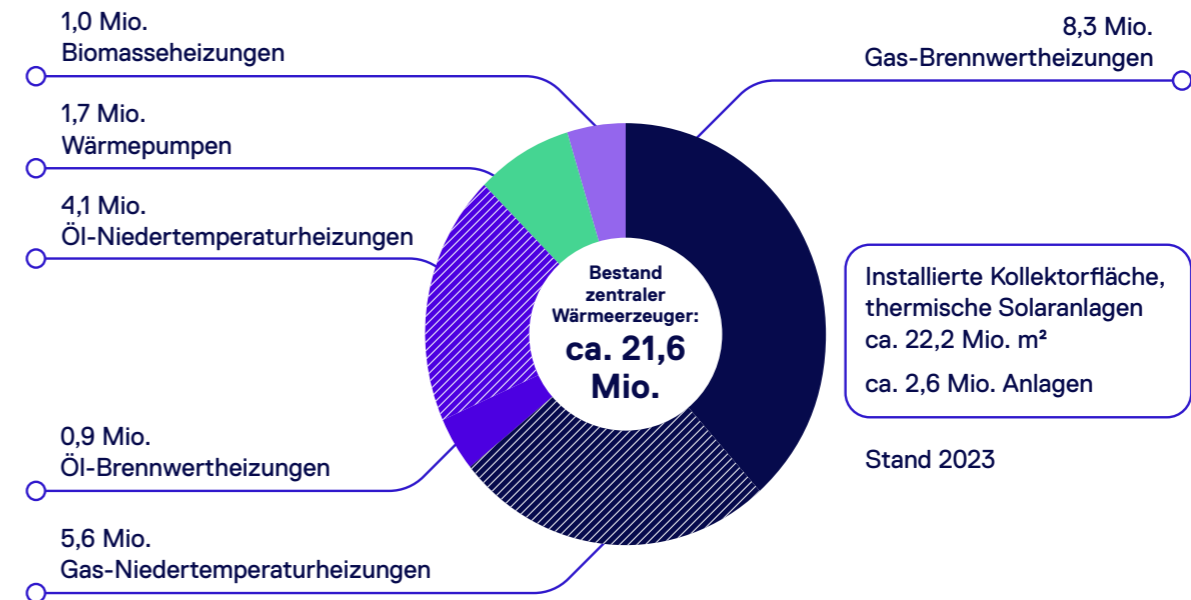
Gebäudeenergiegesetz praxisnah auf die Lebenssituationen der Haushalte ausrichten

Das derzeitige Gebäude-Energiegesetz (GEG) wird von den Menschen als zu kleinteilig und kompliziert empfunden. Dies gilt insbesondere für den umfangreichen § 71. Die Menschen empfinden die Vorgaben vielfach als Bevormundung. Diese Vorbehalte gilt es abzubauen. Das Ordnungsrecht soll wieder mehr der Orientierung und Hilfe dienen.

Wir empfehlen:

- Das GEG muss auf die CO₂-Reduktionsziele ausgerichtet und verschlankt werden.
- Anlagentechnische Effizienzmaßnahmen sollten mit dem Einsatz erneuerbarer Energien gleichgestellt werden. Hierzu zählt unter anderem der Austausch der Heizungspumpe oder die Durchführung des hydraulischen Abgleichs.
- Die Diskriminierung zwischen erneuerbaren und klimaneutralen Energieträgern muss aufgehoben werden. Strom, Umweltwärme, klimaneutrale feste, flüssige oder gasförmige Energieträger müssen gleichwertig behandelt werden.
- Die Komplexität sowie bürokratische Nachweisforderungen müssen abgebaut werden. Unscharfe Begriffsbestimmungen müssen geklärt werden.
- Die Investitionszurückhaltung der Menschen bedingt durch die Verknüpfung des GEG mit der kommunalen Wärmeplanung muss aufgelöst werden.
- Die aktuell geltenden Neubauanforderungen (Effizienzhaus 55) sollten nicht noch weiter verschärft werden.

Laut Deutscher Energie-Agentur (dena) wurden knapp 18 % (rund 3,9 Millionen) der Heizungen wurden vor 1995 eingebaut und entsprechen nicht dem Stand der Technik



Daten: Erhebung des Schornsteinfegerhandwerks für 2023 und Schätzung des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie (BDH)

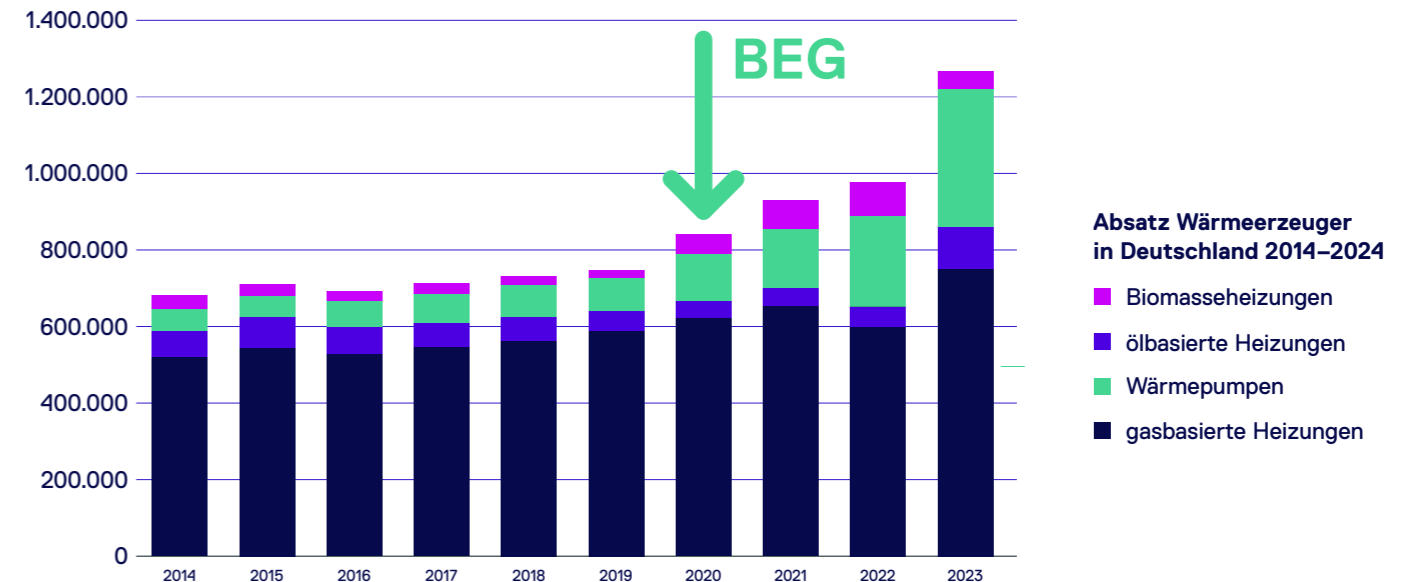
Konsistente und verlässliche Förderung unter Abbau der bürokratischen Anforderungen

Deutschland hat sich verpflichtet, ambitionierte klimapolitische Ziele zu erreichen, die ohne umfassende Modernisierungen im Wärmesektor nicht erreicht werden können. Die Förderung ist für die Menschen ein entscheidender Anreiz für die Investition in ein effizientes klimaneutrales Heizsystem. Investitionen dieser Größenordnung sind von vielen Menschen ohne staatliche Unterstützung nicht zu stemmen.

Wir empfehlen:

- Eine langfristig ausfinanzierte und verlässliche Förderung. Kurzfristige Förderkürzungen oder -stops müssen unbedingt verhindert werden.
- Die Vereinfachung der Fördersystematik und den Abbau umfangreicher Nachweispflichten insbesondere auch bei Effizienzmaßnahmen.
- Den Klimageschwindigkeitsbonus anheben und die Degression bei positiver Marktentwicklung früher einsetzen.
- Die Gewährung des Klimageschwindigkeitsbonus für Hybride und Brennstoffzellen sowie beim Austausch von Gasheizungen, die jünger als 20 Jahre alt sind.

Mit Einführung der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ab dem Jahr 2020 konnte eine deutliche Marktbelegung hin zu einer erhöhten Heizungsmodernisierung verzeichnet werden



Daten: Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH)

Erhöhung der Attraktivität der steuerlichen Abschreibung energetischer Modernisierungen

Seit dem 01.01.2020 ist die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen am selbstgenutzten, mindestens 10 Jahre alten Wohneigentum möglich. Bisher werden aber die Möglichkeiten der steuerlichen Förderung nur unzureichend genutzt. Gerade für besser-
verdienende Haushalte kann die steuerliche Abschreibung von energetischen Modernisierungen eine Alternative zum bestehenden Förderregime darstellen, wenn sie attraktiver gestaltet wird.

Wir empfehlen:

- Die Gleichstellung der steuerlichen Anrechenbarkeit einer Heizungsmodernisierung mit der energetischen Baubegleitung und der Fachplanung.
- Die Anhebung der steuerlichen Förderung der Heizungsmodernisierung von heute 20 auf 50 Prozent für selbstnutzende Eigentümer.

Steuerliche Förderung mit BEG-Förderung gleichsetzen



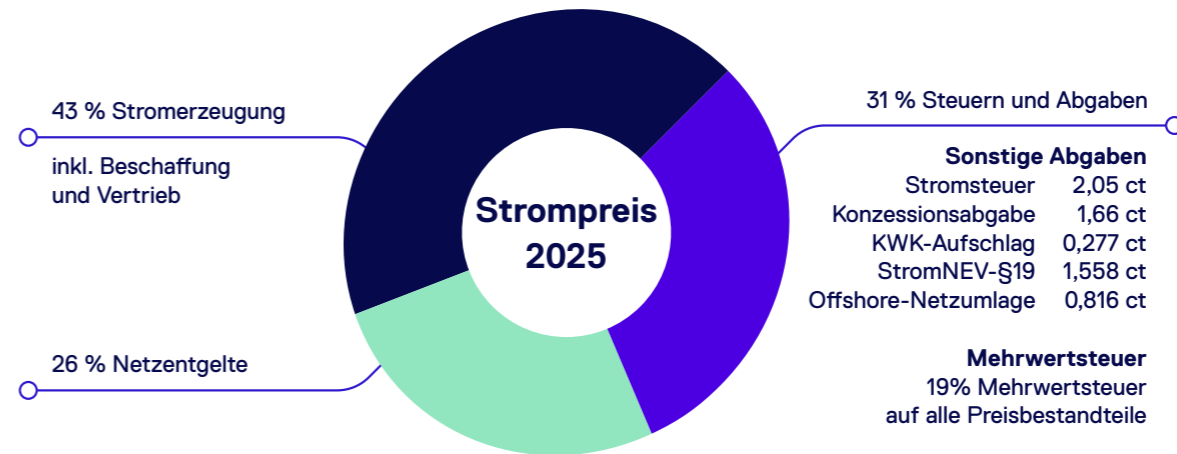
Energiekosten in den Blick nehmen und Digitalisierung vorantreiben

Deutschland hat im europäischen Vergleich mit die höchsten Energiekosten. Unsicherheit über die Entwicklung der Energiepreisverhältnisse sowie hohe Betriebskosten sind aber ein Hemmschuh, die den Absatz effizienter Heizungssysteme beeinträchtigen.

Wir empfehlen:

- Die Prüfung aller staatlich induzierten Preisbestandteile des Strompreises.
- Die Begrenzung der Stromnetzentgelte ggf. durch eine Streckung der Kosten auf der Zeitachse. Denkbar wäre ein Amortisationskonto für den Stromnetzausbau – analog zu dem Vorgehen beim Wasserstoff-Kernnetz.
- Die Unsicherheit über die Entwicklung der CO₂-Preise für die Haushalte mindern. Dies gelingt durch einen klar kommunizierten maßvollen und planbaren Anstieg der CO₂-Preise.
- Ein zeitnaher Roll-out von Smart Metern und kurzfristige Einführung von flexiblen Tarifen (dynamische Strompreise) für Haushaltskunden.
- Die Flexibilitätspotenziale im Gebäudesektor nutzen; sowohl nachfrageseitig (Wärmespeicher, Wärmepumpen, Wärmepumpen-Hybride) als auch angebotsseitig (Mikro- und Mini-KWK).
- Eine allgemeingültige Definition für Datenformate, um die Digitalisierung der Sektoren gemeinschaftlich voranzubringen.

Der hohe Strompreis in Deutschland ist stark von staatlichen induzierten Preisbestandteilen geprägt



Daten: BDEW, BNetzA, Stand 02/2025

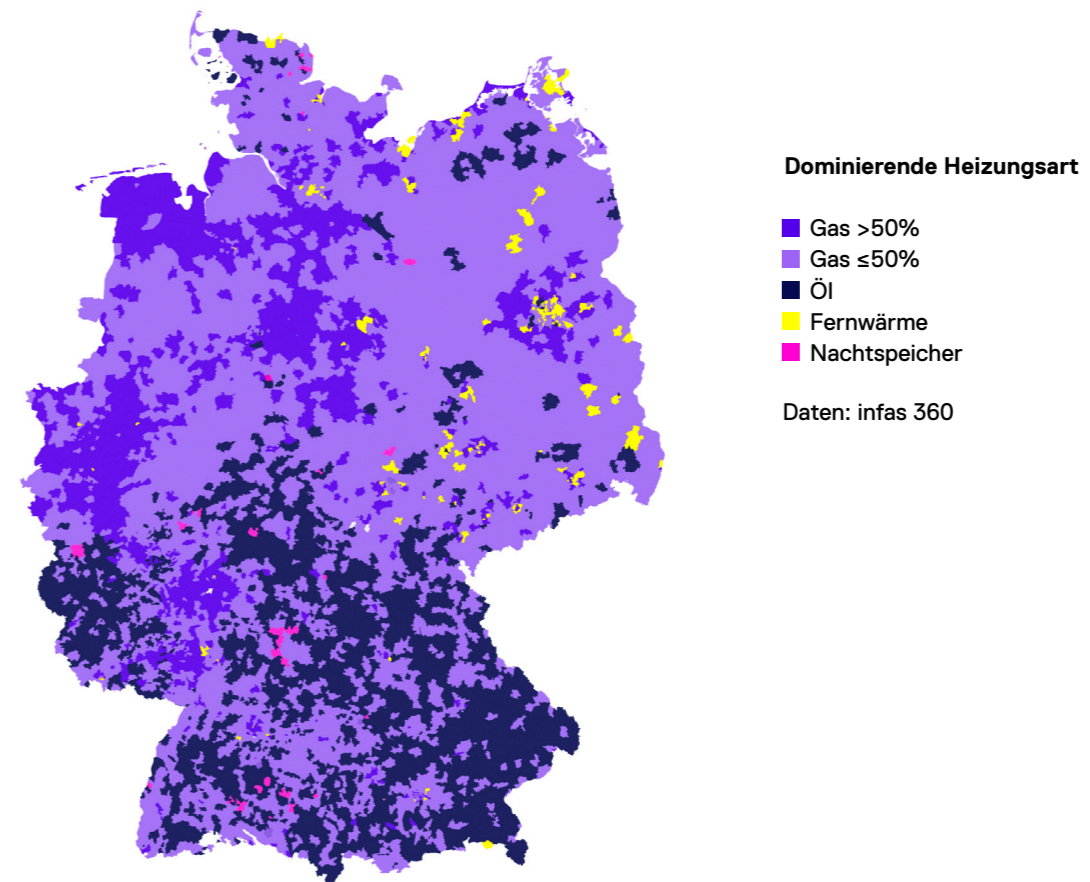
Kommunale Wärmeplanung nachhaltig, fair und partizipativ umsetzen

Im Kontext der Kommunalen Wärmeplanung sind bei den Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungshaltungen geweckt worden. Die kommunale Wärmeplanung führt zu einer Investitionszurückhaltung der Haushalte, wodurch sich die Modernisierung des Heizungsbestandes im Jahr 2024 deutlich abgekühlt hat. Es gilt, diese Zurückhaltung zeitnah aufzulösen.

Wir empfehlen:

- Die verpflichtende frühzeitige Ausweisung von Gebieten, in denen keine Fern- und Nahwärme vorhanden sein werden.
- Die Wahlfreiheit für Verbraucher erhalten. Die Menschen sollen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben das für sie individuell passende Heizsystem auswählen können.
- Anschluss- und Benutzungszwänge ausschließen, da es sich bei Wärmenetzen um netzgebundene Monopole handelt, die bis heute unreguliert sind.

Die Heizungslandschaft in Deutschland hat deutliche regionale und lokale Unterschiede, die es zu berücksichtigen gilt



**Über den Bundesverband der Deutschen
Heizungsindustrie (BDH)**

Der BDH ist der starke Gesamtverband der Heizungsindustrie. Als reiner Herstellerverband stehen wir für den gesamten heiztechnischen Lösungsraum. Im Dialog mit der Politik zeigen wir Lösungswege zur erfolgreichen Umsetzung der Wärmewende im Gebäudesektor auf, bezahlbar und sozialverträglich.

Der BDH bringt die Expertise seiner Mitgliedsunternehmen in den politischen Diskurs ein. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

+49 30 3187 3253 0